

EDITORIAL



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nachdem die Jubelarien über die Agenda 2010 verklungen sind, versuchen wir in unserer Maizeitung, die Wirklichkeit zu zeigen. Es geht um die Auswirkungen einer falschen Politik auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien. Und wir zeigen die Alternativen auf, die der DGB in den Bundestagswahlkampf einbringen wird. Ein weiterer Schwerpunkt sind auch in dieser achten Maizeitung in Folge die aktuellen Tarifeinsetzungen.

Zum traurigen zehnjährigen Jubiläum der Agenda 2010 gehören Lohndumping und Niedriglöhne, Arbeitsplatzabbau, Kinder- und Altersarmut, deutliche Mieterhöhungen und einmal mehr die Krise in Europa. In unseren Beiträgen finden Sie Vorschläge, das zu ändern: durch eine neue Ordnung der Arbeit mit gesetzlichem Mindestlohn und ohne Leiharbeit, mit einem besseren Schutz vor Arbeitslosigkeit und Altersarmut, durch Überwindung der Eurokrise und Gestaltung eines sozialen Europas. Das sind auch die Schwerpunkte der Kampagne des DGB zur Bundestagswahl.

In der Metall- und Elektroindustrie, bei VW, im Bauhauptgewerbe und bei den Gebäudereinigern geht es in den Tarifverhandlungen vor und nach dem 1. Mai in erster Linie um deutliche Lohnerhöhungen. Hinzu kommen Verbesserungen für die jungen Kolleginnen und Kollegen. Im Einzelhandel dagegen geht es buchstäblich um alles. Die Arbeitgeber haben nicht nur die Lohntarife gekündigt, sondern auch den Manteltarifvertrag: also alle Bestimmungen über Zuschläge, Urlaub oder die Absicherung für Ältere. Die Beschäftigten dort brauchen unsere besondere Solidarität.

Der Kampf gegen Rechts fehlt natürlich auch in dieser Ausgabe nicht. Der Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestags berichtet im Interview über erste Ergebnisse und Konsequenzen.

Ich wünsche Ihnen allen viel Spaß beim Lesen! Wir sehen uns bei den 1.-Mai-Veranstaltungen des DGB.

Ihr
Andreas Gehrke
DGB-Regionsgeschäftsführer

AUS DEM INHALT

- Krise wird zu unserer Krise Seite 2
- »Endlich mehr Geld!«
- Zur Tariftbewegung 2013 Seite 3 u. 8
- DGB-Forderungen zur Bundestagswahl Seite 4
- Mieterbund schlägt Alarm Seite 6
- Stadthagen kämpft um Arbeitsplätze Seite 7

Politikwechsel ist überfällig

Für gute Arbeit, sichere Rente und ein soziales Europa

Bilder, wie man sie eigentlich nur von Naturkatastrophen kennt: Hunderte Hände strecken sich einer Lastwagenladefläche entgegen, von der aus Tüten mit Obst und Gemüse verteilt werden. Nur dass diese Szene nicht aus einem Überschwemmungs- oder Erdbebengebiet stammt, sondern mitten aus der griechischen Hauptstadt Athen. Doch diese soziale Katastrophe ist nicht von der Natur, sondern vom Menschen gemacht. Auslöser sind die Spardiktate von Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Troika aus Internationalem Währungsfonds (IWF), EU-Kommission und Europäischer Zentralbank.

Gegen das »deutsche Interesse«

Sogar der IWF musste jüngst eingestehen, dass die Kürzungspolitik die Krise in den europäischen Mittelmeerländern verschärft. Selbst bisher solide Staaten wie Belgien, Italien, Frankreich und sogar die Niederlande geraten in den Krisenstrudel. Hierzulande wird das »Krisenmanagement« von Angela Merkel als angeblich »alternativlos« unters Volk gebracht und ist von breiter Akzeptanz getragen. Merkel sagt, die Kürzungspolitik sei »im deutschen Interesse«. Fakt ist aber, dass die deutsche Wirtschaft in den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres geschrumpft ist – von der Krise in den anderen Euroländern also erfasst wird. Selbst die Bundesregierung erwartet für dieses Jahr nur noch ein minimales Wirtschaftswachstum von 0,4 Prozent. Damit wird offenbar, dass es kein überzeugendes Geschäftsmodell ist, allein auf den Export in die USA und nach China zu hoffen. Wenn aber Deutschland auf Europa angewiesen ist, wieso soll es dann sinnvoll sein, dieses Europa immer weiter in die Krise zu sparen?

Soziales Europa statt Krise

Der DGB wird die nahende Bundestagswahl nutzen, um die Politik mit seinen Forderungen zu konfrontieren. Die Gewerkschaften fordern



Bankenkrise in Zypern: Die Unsicherheit wächst.

Foto: Shutterstock

nicht nur, die wirtschaftlich schädliche und sozial verheerende Kürzungspolitik sofort zu stoppen. Erforderlich ist auch ein Marshallplan mit Investitionen in Infrastruktur, Bildung und soziale Dienstleistungen, damit die europäischen Krisenländer wieder auf die Beine kommen. Das Geld dafür muss von den Vermögenden kommen. Selbst in Krisenländern wie Griechenland und Irland sind die privaten Vermögen deutlich höher als in manchen finanziell stabilen Rettungsländern. Und damit die Exporteure aus den Südstaaten ihre Produkte wieder auf dem größten europäischen Binnenmarkt verkaufen können, muss hierzulande die Kaufkraft kräftig steigen.

Gute Arbeit statt unsichere Billigjobs

Es ist ein Skandal, dass Arbeitnehmer in Deutschland nach Abzug der Inflation heute weniger Geld in der Tasche haben als im Jahr 2000. Viele kommen selbst mit einem Vollzeitjob nicht mehr über die Runden. Andere rackern mehr als 50 Stunden die Woche, ruinieren ihre Gesundheit und lassen das Familienleben schleifen, weil sie nicht von Hartz IV abhängig sein wollen. Der boomende Niedriglohnsektor gehört endlich eingedämmt, ein gesetzlicher Mindestlohn ist mehr als überfällig! Deutlich mehr Geld im Portemonnaie der Arbeitnehmer und damit eine wachsende Kaufkraft würde

zudem die hiesige Wirtschaft stabilisieren. Der aktuellen Tarifrunde kommt vor diesem Hintergrund eine besondere Bedeutung zu – auch mit Blick auf drohende Altersarmut für Millionen Beschäftigte.

Sichere Rente statt Armut im Alter

Beschäftigte, die mit Dumpinglöhnen abgespeist werden, sind die Armutsrentner von morgen. Auch Durchschnittsverdiener sind von Armut oder sozialem Abstieg im Alter bedroht. Der Armutsbericht der Bundesregierung kann zwar bisher keine nennenswerte Altersarmut ausmachen. Diese Aussage vernebelt aber die zukünftige Brisanz, weil die meisten jetzigen Rentner noch unter den Bedingungen eines relativ intakten Wohlfahrtsstaates gearbeitet haben. Sie hatten meist gut bezahlte und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze. »Riestern« mussten sie noch nicht, viele konnten auf ein kleines Eigenheim sparen. Leiharbeit und andere prekäre Arbeitsverhältnisse waren für sie meist Fremdwörter. Das alles aber änderte sich in den vergangenen Jahren, hinzu kamen diverse Renten Kürzungen. Schon heute geht jeder zweite mit Abschlägen in Rente. Auch hier fordert der DGB dringend eine Umkehr. Die gesetzliche Rente muss auch in Zukunft den Lebensstandard im Alter sichern, damit jeder in Würde alt werden kann. ■

Die geborene Gewerkschafterin

Andrea Kocsis spricht am 1. Mai in Hannover

Die stellvertretende ver.di-Bundesvorsitzende will in ihrer Rede auf dem Klagesmarkt vor allem dem boomenden Niedriglohnsektor den Kampf ansagen. Gerade jetzt vor der Bundestagswahl gelte es, auf diesen Skandal aufmerksam zu machen und einen Politikwechsel einzufordern, sagt die 47-Jährige. Auch andere Forderungen des DGB an die Parteien werden in ihrer Rede eine Rolle spielen. Und natürlich freut sie sich auf das größte gewerkschaftliche Maifest in der Bundesrepublik, wie sie betont.

Aufgewachsen in Mülheim an der Ruhr ist Andrea Kocsis das gewerkschaftliche Engagement geradezu in die Wiege gelegt worden. Ihr Vater war aktives ÖTV-Mitglied und Vertrauensmann im öffentlichen Dienst. »Ich bin sofort aktives Gewerkschaftsmitglied geworden, als ich ins normale Berufsleben eingestiegen bin«, erinnert sich Kocsis an ihre Zeit als Briefzustellerin Anfang der 90er Jahre in Düsseldorf. »Das war für mich ganz normal.« Schon vorher hatte sie als Schülerin und Studentin viele Nebenjobs. »Das sind für mich bis heute sehr hilfreiche Erfahrungen«, betont die

Gewerkschafterin, »also zu wissen, was hohe Arbeitsanforderungen und körperliche Belastung bedeuten.« So kam sie schließlich auch zur Post nach Düsseldorf. Kurz vor Abschluss des Studiums der Sozialarbeit nahm sie ein zweites Studium in Germanistik, Anglistik und Romanistik auf. In den Semesterferien jobbte sie als Briefzustellerin. Aus dem Ferienjob wurde schließlich ihr Hauptberuf.

»Das ging bis zu offenen Anfeindungen von Arbeitgebern, die mich nicht aufs Betriebsgelände lassen wollten.«

Nach wenigen Jahren wechselte sie in den Betriebsrat und leitete die Betriebsgruppe einer Briefniederlassung mit rund 3.000 Beschäftigten. Die freigestellte Betriebsrätin engagierte sich auch außerhalb des Unternehmens in allen möglichen gewerkschaftlichen Gremien, etwa in der Frauenpolitik. Kurz vor der ver.di-Gründung wechselte Kocsis im Jahr 2001 als Gewerkschaftssekretärin zur Postgewerkschaft im Bezirk Düsseldorf. Bei ver.di

war sie danach nicht nur für die Postbetriebe, sondern auch für Speditions- und Logistik-Firmen zuständig. Kocsis half den Beschäftigten in kleinen Speditionen, Betriebsräte zu gründen. »Das ging bis zu offenen Anfeindungen von Arbeitgebern, die mich nicht aufs Betriebsgelände lassen wollten«, erinnert sie sich. Im Jahr 2005 wurde sie Leiterin des ver.di-Fachbereichs Postdienste, Speditionen und Logistik in Nordrhein-Westfalen und zwei Jahre später Bundesfachbereichsleiterin dieses Fachbereichs beim ver.di-Bundesvorstand in Berlin.

Bei ihrem dichten Terminkalender bleibt für Privates kaum Zeit. Umso mehr genießt es Andrea Kocsis, wenn sie am Wochenende zu ihrer Familie nach Mettmann fahren kann. Ihren Mann lernte sie einst auf dem ver.di-Gründungskongress kennen. Als begeisterte Film- und Musikfans schauen sich beide gern Streifen in ihrer Heimkinoanlage an oder hören ausgiebig Musik – für Andrea Kocsis Entspannung pur. ■



ANDREA KOCSIS, 47, stellvertretende ver.di-Bundesvorsitzende

Foto: privat

UNSER TAG
GUTE ARBEIT. SICHERE RENTE. SOZIALES EUROPA.

DER 1. MAI IN HANNOVER
Nur noch ein Demozug!
Abmarsch 10.00 Uhr
Freizeitheim Linden

Kundgebung
11.00 Uhr Klagesmarkt

Fest für Demokratie
12.00 Uhr

Das volle Programm auf Seite V

»Die Krise der Anderen wird schnell zu unserer Krise«

Bundeskanzlerin Angela Merkel kennt nur einen Weg, um das leidige Problem der ausufernden Staatsschulden vor allem in Südeuropa in den Griff zu bekommen: kürzen, kürzen, kürzen. Dabei verschärfen die Spardiktate die Krise in den Mittelmeerländern – mehr noch, auch die deutsche Wirtschaft wird mittlerweile vom Krisenstrudel erfasst. Nicht wenige Betriebe berichten von spürbaren Auftragsrückgängen. Die Maizeitung sprach darüber mit Dierk Hirschel, ver.di Bereichsleiter Wirtschaftspolitik.

Maizeitung: Selbst der Internationale Währungsfonds (IWF) musste jüngst eingestehen, dass die Spardiktate der Troika aus IWF, EU-Kommission und Europäischer Zentralbank die Krise in den Mittelmeerländern verschärfen. Warum betreibt die Troika die gescheiterte Kürzungspolitik dennoch weiter?

Dierk Hirschel: Es gibt offensichtlich eine neoliberale Strömung innerhalb der Troika, der es gelungen ist, in der Krise eine Schocktherapie zu verordnen. Die Krise wird genutzt, um die Flächentarifverträge in Südeuropa zu zerschlagen, die dortigen Systeme der gesetzlichen Rentenversicherung zu demontieren und öffentliches Eigentum zu verscherbeln. Wenn jeder vierte in Spanien und Griechenland keine Arbeit hat, lassen sich solche Forderungen leicht durchsetzen, weil es kaum noch gewerkschaftliche und zivilgesellschaftliche Gegenwehr gibt.

Maizeitung: Befürchten Sie langfristige Auswirkungen für die Arbeitnehmerrechte in Deutschland?

Hirschel: Die Krise der anderen wird innerhalb kürzester Zeit zu unserer Krise. Das können wir heute schon bei Amazon beobachten, wo spanische Arbeitslose zu Billiglöhnen eingesetzt werden. Die europäische Lohnkonkurrenz wird durch die Zerschlagung der südeuropäischen Flächentarifverträge deutlich verschärft. In der Industrie konkurrieren einzelne Konzernstandorte um neue Investitionen. Dann stehen deutsche Standorte im Wettbewerb mit spanischen und italienischen Werken. Die gesenkten spanischen oder italienischen Arbeitskosten sind dann



DR. DIERK HIRSCHEL, 42, ver.di-Bereichsleiter Wirtschaftspolitik.

Foto: Burkhard Lange

die Benchmark für die deutschen Produktionsstandorte. So wird unseren Kolleginnen und Kollegen die Pistole auf die Brust gesetzt: Sie haben die Wahl, entweder auf Lohn zu verzichten oder die neuen Produkte laufen zukünftig in Barcelona oder Mailand vom Band.

Maizeitung: Deutsche Exporte in die Krisenländer sind massiv zurückgegangen. Unternehmen investieren wegen der Rezession in der Eurozone deutlich weniger. Kommt die Wirtschaftskrise mit Zeitverzögerung auch zu uns?

Hirschel: Die Krise frisst sich langsam in den Maschinenraum der deutschen Wirtschaft. Bisher ist es noch gelungen, die Exportrückgänge nach Südeuropa durch einen deutlichen Anstieg der Exporte Richtung USA und China auszugleichen. Dies geht aber auf Dau-

er nicht gut. Die wirtschaftliche Schwäche des gesamten Euroraums wird sich mittelfristig auch auf das chinesische und US-amerikanische Wachstum auswirken, weil die dortigen Exporteure auf einem schwachen Euromarkt weniger Produkte absetzen. So zieht die Schwäche des Euroraums die gesamte Weltwirtschaft nach unten. Das belastet die deutsche Exportwirtschaft.

Maizeitung: Welche Rolle kommt vor diesem Hintergrund den aktuellen Tarifaueinandersetzungen zu?

Hirschel: Jeder Prozentpunkt mehr, den wir rausholen, ist auch Beitrag zur Überwindung der Eurokrise. Die schlechte Lohnentwicklung in den vergangenen zwölf Jahren ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass diese Krise überhaupt entstanden ist. Deutsche Waren haben sich aufgrund der Lohnschwäche im Vergleich zu spanischen, griechischen und italienischen Waren deutlich verbilligt. Dadurch hat Deutschland jährlich Exportüberschüsse angehäuft, und in den Ländern des Südens liefen Jahr für Jahr Defizite auf. Die Exporteure der Südstaaten müssen ihre Produkte wieder auf einem wachsenden deutschen Binnenmarkt absetzen können, der immerhin der größte nationale Binnenmarkt in der Eurozone ist.

Maizeitung: Was ist erforderlich, damit die europäischen Mittelmeerländer wieder auf die Beine kommen?

Hirschel: Wir müssen die ökonomisch schädliche und sozial ungerechte Kürzungspolitik sofort stoppen. Die Südstaaten brauchen ein Aufbau- und Entwicklungsprogramm. Der DGB hat dazu einen Marshall-

plan vorgeschlagen, der über zehn Jahre hinweg jedes Jahr etwa 260 Milliarden europaweit investieren soll: in Bildung, erneuerbare Energien, in die Verkehrsinfrastruktur und soziale Dienstleistungen. Dieses Geld soll über niedrig verzinsten Anleihen, die Finanztransaktionssteuer und eine europaweite Vermögensabgabe aufgebracht werden.

Maizeitung: Wegen der sogenannten Schuldenbremse, also des Verbots, neue Kredite aufzunehmen, wird der Staat auch hierzulande bei seinen Aufgaben kürzen.

Hirschel: Die beste Strategie für weniger Schulden sind mehr Staatseinnahmen. Dafür brauchen wir eine Steuerpolitik, die hohe Einkommen und Vermögen stärker belastet. Noch heute fehlen uns aufgrund der Steuergeschenke unter Gerhard Schröder und Angela Merkel jährlich 50 Milliarden Euro in den Staatskassen.

Maizeitung: Die Weltbank hat vor geraumer Zeit verkündet, die Gefahr für eine weitere schwere Finanzkrise sei gebannt. Alles prima auf den Finanzmärkten?

Hirschel: Nichts ist gut auf den Finanzmärkten. Die zentralen Ursachen der Finanzmarktkrise sind noch immer wirkungsmächtig. Es gibt immer noch systemrelevante Banken, die zu groß zum Sterben sind. Dieses Problem müssen wir dringend angehen. Wir brauchen darüber hinaus ein Regelwerk auf den Kapitalmärkten, das es uns ermöglicht, Finanzpraktiken und Finanzprodukte, die keinen volkswirtschaftlichen Nutzen bringen, zu verbieten. Dafür braucht es so etwas wie einen Finanzprodukte-TÜV. Das sind zwei ganz wichtige Regulierungsschritte, die noch ausstehen. Sie scheitern gegenwärtig an der Ohnmacht der Politik und an der Macht der Banken. ▀

Kinderarmut – ein Armutszeugnis

Von Christoph Butterwegge

Seit den 90er Jahren sind Kinder und Jugendliche hierzulande die am stärksten von Armut betroffene Altersgruppe. Die Medien haben das allerdings lange kaum wahrgenommen, weil unser Armutsbild von absoluter Not und Elend in der sogenannten Dritten Welt geprägt ist. Dies hindert viele Menschen bis heute daran, vergleichbare Erscheinungen »vor der eigenen Haustür« zu erkennen und als gesellschaftliches Problem wahrzunehmen. Dabei kann Armut in einer Wohlstandsgesellschaft sogar

beschämender, bedrückender und bedrängender sein. Vor allem junge Menschen sind einem massiven Druck der Werbeindustrie und ihrer Clique ausgeliefert, beim Tragen teurer Markenkleidung und Besitz immer neuer, möglichst hochwertiger Konsumgüter »mitzuhalten«. Mitgefühl und Solidarität erfahren von Armut betroffene Kinder hingegen, weil sie geradezu den Prototyp der »würdigen« Armen bilden, denen man nicht die Verantwortung für ihre soziale Misere gibt. Dagegen wird den zuletzt ebenfalls stark von Armut betroffenen Seni-

PROF. DR. CHRISTOPH BUTTERWEGGE, 62, lehrt Politikwissenschaft an der Universität Köln. Er hat nach vielen Publikationen zur Kinderarmut die beiden Bücher »Armut in einem reichen Land« und »Armut im Alter« veröffentlicht.

Foto: privat



IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Andreas Gehrke
Redaktion: Michael Fleischmann, info@fleischmann-consult.de
 Steffen Holz, steffen.holz@dgb.de
Layout & Satz: Anette Gilke, mail@anettegilke.de
Herausgeber: DGB Region Niedersachsen-Mitte, Hannover
Druck: MegaDruck, Westerstede



unidruck

Offset- und Digitaldruck · Flyer · Hefte · Bücher · Postkarten · Briefbogen · Visitenkarten · Plakate · Banner

unidruck GmbH & Co KG
 Druck und Verarbeitung

Weidendamm 19
 30167 Hannover
 Telefon 0511-7 000 000
 Fax 0511-71 48 29
 info@unidruck.de
 www.unidruck.de

oren neuerdings vorgeworfen, nicht fleißig genug gearbeitet und/oder nicht ausreichend für das Alter vorgesorgt zu haben.

Armut ist mehr, als wenig Geld zu haben

Sie bedeutet für Kinder auch, persönlicher Entfaltungs- und Entwicklungs-Möglichkeiten beraubt zu sein. Manchmal sind die Betroffenen ein ganzes Leben lang sozial benachteiligt und bei Bildung, Kultur, Gesundheit, Wohnen, Freizeit und Konsum unterversorgt. Alleinerziehende, Mehrkinder- und Migranten-Familien leiden besonders stark unter sozialer Unsicherheit, Existenzangst und materieller Not.

Auslöser einer Armutsentwicklung in Familien sind häufig der Tod des Alleinernährers, die Erwerbslosigkeit der Eltern, deren Trennung oder Scheidung. Die Ursachen für prekär werdende familiäre Lebensbedingungen liegen aber in gesellschaftlichen Wand-

lungsprozessen und politischen Entscheidungen: die zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich, die soziale Ausgrenzung von Teilen der Bevölkerung und der Zerfall deutscher Großstädte in Luxusquartiere und benachteiligte Stadtteile.

Kinderarmut, die Lern- und Lebens-Chancen schon im Grundschulalter zerstören kann, ist ein Armutszeugnis für unser reiches Land. Der Wohlfahrtsstaat scheint aufgrund neoliberaler Strukturereformen immer weniger fähig zu sein, für ein Mindestmaß an sozialem Ausgleich, Existenzsicherheit für alle Einwohner und Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen. Das geht auch anders. Es gibt zwar kein Patentrezept, um Kinderarmut zu verringern. Aber zu einem integrierten Gesamtkonzept gehören auf jeden Fall die folgenden vier Kernelemente: gesetzlicher Mindestlohn, Ganztagsbetreuung für Kleinkinder, die Gemeinschaftsschule und eine Grundsicherung, die den Namen im Unterschied zu Hartz IV wirklich verdient. ▀

Endlich mehr Geld ins Portemonnaie der Beschäftigten!

Wegen der Krise in den anderen europäischen Ländern ist auch hierzulande die Wirtschaft ins Stocken geraten. Hängt sie doch am Tropf der Auslandsnachfrage, was laut Warnungen von alternativen Wirtschaftswissenschaftlern »hoch problematisch« ist. Mehr Geld im Portemonnaie der Arbeitnehmer und damit eine wachsende Kaufkraft sei das Gebot der Stunde. Gleichzeitig haben viele Beschäftigte immer mehr Probleme, den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien aufzubringen. Deshalb wollen die Gewerkschaften in den diesjährigen Tarifverhandlungen vor allem ein deutlich höheres Entgelt durchsetzen.

Metal- und Elektroindustrie

Die IG Metall verlangt 5,5 Prozent mehr Lohn von Niedersachsens Metallarbeitgebern, Volkswagen und den Dosen- und Dekelherstellern der Feinstblechpackungsindustrie. Bei VW läuft der Haustarifvertrag zwar erst Ende Juni aus und damit zwei Monate später als der Flächentarifvertrag in der Metall- und Elektroindustrie insgesamt. Doch nach den guten Erfahrungen aus dem vergangenen Jahr, haben sich beide Tarifkommissionen wieder zu einem gemeinsamen Vorgehen entschlossen.

Neben der »harten« Entgeltforderung will die IG Metall mit den Metallarbeitgebern auch über die Situation der dual Studierenden sprechen. Diese Auszubildenden absolvieren zusätzlich ein Studium und sind bisher

nicht über den Flächentarifvertrag abgesichert. Bei den Metallern und Metallern bei VW spielt die Altersabsicherung für die Auszubildenden eine Rolle. Der sogenannte Versorgungsaufwand, eine Art Betriebsrente, ist bisher nur halb so hoch wie für die übrigen Beschäftigten. Dual Studierende gehen komplett leer aus. Auch hier sieht die IG Metall Handlungsbedarf.

»Die Auftragsbücher im Bauhauptgewerbe sind voll wie nie.«

Eckhard Stoermer, IG BAU-Regionalleiter

Die IG BAU fordert 6,6 Prozent mehr Lohn und die unbefristete Übernahme der Ausgebildeten. »Die gesamte Bauwirtschaft befindet sich in einem Höhenflug«, begründet IG BAU-Regionalleiter Eckhard Stoermer die Forderung. Die Bauwirtschaft stehe weitaus besser da als die gesamte übrige Wirtschaft. »Die Auftragsbücher sind voll wie nie.« Auch die offiziellen Zahlen der Arbeitgeberverbände für dieses Jahr seien »superoptimistisch«, betont Stoermer. Die IG BAU fordert auch wieder, die Ostlöhne stufenweise auf Westniveau anzugleichen. Da das bisher immer noch nicht passiert ist, nutzen ostdeutsche Firmen die Situation aus, um auf westdeutschen Baustellen als Lohndumper zu arbeiten. Eine weitere wichtige Forderung ist ein Altersübergangsgeld als vorgezogene Rente. Da kaum ein Bauarbeiter das



Foto: IG Metall

60. Lebensjahr in Arbeit erreicht, ist bisher Altersarmut vorprogrammiert. Die Rente ab 67 wird die Situation weiter verschärfen, wenn sich nichts ändert. Entsprechend hoch seien die Erwartungen der Kollegen an die IG BAU, das Altersübergangsgeld in den Tarifverhandlungen durchzusetzen, sagt Stoermer.

Endlich zehn Euro in der Gebäudereinigung!

Schon seit mehreren Jahren fordert die IG BAU für Putzfrauen einen Stundenlohn von zehn Euro. Schwacher Trost: Seit Anfang des Jahres werden neun Euro gezahlt. Die reichen aber bei wenigen bezahlten Arbeits-

stunden am Tag auch nicht aus, um davon Leben zu können. Damit dieses Mal die Arbeitgeber nicht gleich wieder abwinken, hat sich die Gewerkschaft etwas einfallen lassen: Statt einem Prozentwert fordert sie einen Geldwert verteilt über zwei Jahre. In den ersten zwölf Monaten soll es 70 Cent pro Stunde mehr geben und im zweiten Jahr noch einmal 65 Cent mehr.

Die diesjährige Tarifrunde im niedersächsischen Einzelhandel beginnt am 1. Mai. Die ver.di-Tarifkommission fordert einen Euro mehr pro Stunde bei Lohn und Gehalt, Auszubildende sollen 90 Euro mehr im Monat erhalten. ver.di ist zudem nicht bereit, Stundenlöhne unter 8,50 Euro zu vereinbaren. ▀

Mehr zur diesjährigen Tarifbewegung auf Seite 8.

»Uns steht eine saftige Entgelterhöhung zu!«

Dirk Schulze, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Hannover, zur aktuellen Tarifrunde

Maizeitung: Warum fordert die IG Metall 5,5 Prozent mehr Entgelt?

Dirk Schulze: Durch die Inflationsrate haben wir einen Kaufkraftverlust, der dieses Jahr vermutlich bei zwei Prozent liegen wird. Dieser muss ausgeglichen werden. Zweitens: Wir haben gesamtwirtschaftliche Produktivitätszuwächse von wahrscheinlich eineinhalb Prozent, die die Kolleginnen und Kollegen erwirtschaften. Auch das steht ihnen zu. Es kann nicht sein, dass sich die Arbeitgeber diesen Benefit allein in die Tasche stecken. Dritter Punkt: Wir haben immer noch zu viel Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Vermögen und Einkommen in Deutschland. Und viertens: Jedes Prozentpunkt mehr, das wir für die Beschäftigten raushandeln, stärkt die Kaufkraft und kurbelt die Wirtschaft an. Von daher steht uns eine saftige Entgelterhöhung zu – deswegen 5,5 Prozent!

Maizeitung: Der deutschen Wirtschaft geht langsam die Puste aus.



Exporteure verkaufen weniger, die Produktion sinkt – die Krise in den anderen Euroländern schlägt durch. Können die Unternehmen die Tarifforderung der IG Metall überhaupt bezahlen?

Schulze: Die wirtschaftliche Situation in den Betrieben der Metall- und Elektroindus-

DIRK SCHULZE, 42, trat im Sommer vergangenen Jahres die Nachfolge von Reinhard Schwitzer als 1. Bevollmächtigter der IG Metall Hannover an. Dirk Schulze kommt aus Wolfsburg, wo er zwölf Jahre als Gewerkschaftssekretär arbeitete. Danach war er Organisationssekretär in der Bezirksleitung der IG Metall für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Er hat sich in seinem neuen Job einiges vorgenommen. In den Betrieben kämpft er mit Betriebsräten und Vertrauensleuten beispielsweise dafür, dass Leiharbeiter das gleiche Geld wie die Stammebelegschaft erhalten. Neben dem tarifpolitischen und betrieblichen Engagement ist für ihn vor allem auch das gesellschaftliche Engagement wichtig. Jetzt vor der Bundestagswahl macht Schulze bei den Parteien Lobbyarbeit für gewerkschaftliche Positionen und hat dabei etwa die Kritik an der Rente ab 67 im Blick.

Foto: IG Metall

trie ist relativ gut und stabil. Einzelne ‚Ausreißer‘ nach oben und unten gibt es immer mal. Aber von einer Krise wie im Jahr 2009 ist weit und breit nichts zu sehen. Unsere Forderung ist für die Betriebe gut tragbar.

Maizeitung: Warum liegt dann die Entgeltforderung einen Prozentpunkt

unter der des vergangenen Jahres? Laut einer Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung haben die Beschäftigten heute weniger Geld im Portemonnaie als im Jahr 2000.

Schulze: Wir haben die Tarifforderung mit Augenmaß aufgestellt, weil wir auch im Blick haben müssen, dass die Betriebe konkurrenzfähig bleiben. Denn es gibt einige Unternehmen, die ihre Gewinne eher im außereuropäischen Ausland einfahren.

Maizeitung: Warum liegen die Tarifforderungen für die Metall- und Elektroindustrie insgesamt und für Volkswagen, wo es doch einen Haustarifvertrag gibt, auf derselben Höhe?

Schulze: Wir haben etwa 100.000 Beschäftigte in der Metall- und Elektroindustrie in Niedersachsen und noch einmal 100.000 Beschäftigte bei Volkswagen. Da ist das alte Motto nach wie vor richtig: Gemeinsam sind wir stärker. ▀

Einzelhandel: Verraten und verkauft – nicht mit uns!



Foto: ver.di

Viele Kolleginnen und Kollegen im Einzelhandel treten zurzeit in die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ein. Was ist passiert? Die Arbeitgeber haben die Gehalts- und Lohnstarifverträge sowie den Manteltarifvertrag (MTV) zum 30. April dieses Jahres gekündigt. Ziel sei,

den Manteltarifvertrag zu »verschlanken«, sagen die Arbeitgeber. Spätzuschläge sind aus ihrer Sicht nicht mehr aktuell, Nachtzuschläge überflüssig und zu teuer. Sechs Wochen Jahresurlaub, Freistellungsanspruch für gewerkschaftliche Arbeit, Absicherung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – das alles steht mit der Kündigung des MTV durch die Arbeitgeber auf dem Spiel.

»Wer Wind sät, wird Sturm ernten.«

Heiner Schilling, ver.di-Verhandlungsführer

Es ist nur allzu verständlich, warum es große Unruhe in den Läden des Einzelhandels gibt. Mit einer Aufklärungskampagne informiert die Gewerkschaft über den Generalangriff der Arbeitgeber und weist auf die notwendige gewerkschaftliche Mitgliedschaft hin. Denn

»Für meine Kolleginnen ist die tariflich geregelte Urlaubsdauer von sechs Wochen pro Jahr mit das höchste Gut. Das werden sie mit allen Mitteln verteidigen.«



MARGITTA REIMANN, 55, stellvertretende Betriebsratsvorsitzende in einem Peiner Einzelhandelsunternehmen. Foto: ver.di

wer noch bis zum 30. April ver.di-Mitglied wird, sichert sich so die tariflichen Ansprüche. ver.di-Verhandlungsführer Heiner Schilling ist

verhalten optimistisch. »Der Zorn unserer Mitglieder schlägt sich in Aktionsbereitschaft nieder. Für die heiße Phase der Tarifauseinandersetzung ist das ein gutes Signal – denn wer Wind sät, wird Sturm ernten.« Die Kündigung der Tarifverträge könne für die Händler auch zum Eigentor werden. »Hätte neulich auf unserer Betriebsversammlung die Gewerkschaftssekretärin die Kolleginnen zum Warnstreik aufgerufen, wären wir alle dem Aufruf gefolgt«, betont Susanne Meister, Betriebsratsvorsitzende in einem Einzelhandelsbetrieb. Margitta Reimann, stellvertretende Betriebsratsvorsitzende aus Peine, unterstrich auf einer Sitzung der ver.di-Tarifkommission: »Für meine Kolleginnen ist die tariflich geregelte Urlaubsdauer von sechs Wochen pro Jahr mit das höchste Gut. Das werden sie mit allen Mitteln verteidigen.« ver.di fordert, den Manteltarif unverändert wieder in Kraft zu setzen. ▀

» Wir werden die Politiker in die Pflicht nehmen«

Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach über die Forderungen des DGB zur Bundestagswahl

Maizeitung: Prekäre Jobs haben in den vergangenen Jahren unglaublich zugenommen. Deutschland hat inzwischen den größten Niedriglohnsektor in Europa. Was fordern Sie von der Politik?

Annelie Buntenbach: Wir brauchen dringende konkrete Schritte gegen die ausufernde Armut trotz Arbeit. Als erstes gehört der Mindestlohn von 8,50 Euro ins Gesetzblatt. Das ist lange überfällig. Außerdem brauchen wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit auch bei der Leiharbeit, die Eindämmung des Missbrauchs von Werkverträgen und die Umwandlung von Minijobs in sozial vernünftig abgesicherte und anständig bezahlte Beschäftigung. Und wir brauchen einen besseren Schutz im Fall von Arbeitslosigkeit. Inzwischen ist nur noch ein Drittel der Arbeitslosen im Schutz der Arbeitslosenversicherung, zwei Drittel sind im Hartz-IV-System. Für die gilt, dass angeblich jede Arbeit zumutbar sein soll, egal ob unter Tarif bezahlt wird oder der Schutz der Sozialversicherung fehlt. So werden die Leute in den Niedriglohnbereich geradezu reingezwungen.

Maizeitung: Wie soll der bessere Schutz im Fall von Arbeitslosigkeit aussehen?

Buntenbach: Bisher musst du innerhalb von zwei Jahren mindestens zwölf Monate sozialversicherungspflichtig gearbeitet haben, um Arbeitslosengeld I zu bekommen. Diese Zweijahresfrist muss wieder wie früher auf drei Jahre verlängert werden. Für viele, die zwischendurch Phasen von Arbeitslosigkeit haben oder einem Minijob nachgegangen sind, reichen nämlich zwei Jahre nicht aus, um die Anwartschaft für

die Arbeitslosenversicherung zusammenzubekommen. Außerdem muss auch für kurzfristig Beschäftigte der Zugang zur Arbeitslosenversicherung leichter werden. Der DGB fordert, dass man schon nach sechs Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung Anspruch auf Arbeitslosengeld I hat.

Maizeitung: Beschäftigte, die mit Dumpinglöhnen abgespeist werden, sind die Armutsrentner von morgen. Schon heute sind immer mehr Senioren zum Broterwerb gezwungen und gehen einem Minijob nach. Wie muss die Politik umsteuern?

Buntenbach: Wir brauchen endlich einen großen Wurf. Als erstes ist ein Sofortprogramm gegen Altersarmut nötig. Der erste Schritt muss hier sein, Beschäftigte, die über viele Jahre ein niedriges Einkommen bezogen haben, vor Armut im Alter zu schützen. Dafür fordern wir eine Neuauflage der bis 1992 gültigen Rente nach Mindesteinkommen, um am Ende des Arbeitslebens die Jahre mit niedrigem Einkommen über Steuergeld aufzustocken. Das ist wichtig, damit die Menschen nicht trotz jahrzehntelanger Einzahlung in die Rentenversicherung noch zum Amt müssen. Außerdem brauchen wir eine massive Verbesserung bei der Erwerbsminderungsrente für Beschäftigte mit gesundheitlichen Einschränkungen. Wo die Gesundheit nicht mehr mitmacht, da ist schon heute das Risiko von Altersarmut immens. Und Langzeitarbeitslose brauchen eine Aufstockung ihrer Rentenansprüche.

Maizeitung: Was ist mit Durchschnittsverdienern?



Buntenbach: Das Risiko von Armut oder sozialem Abstieg im Alter betrifft auch sie. Denn der Gesetzgeber hat beschlossen, dass das Rentenniveau bis zum Jahr 2030 auf 43 Prozent sinken kann. Die durchschnittliche Rente von Männern lag 2011 bei 867 Euro, bei Frauen weit darunter. Bei 43 Prozent wären das nur noch 745 Euro. Deswegen fordern wir, das Rentenniveau mindestens auf dem heutigen Niveau zu stabilisieren und die Rente mit 67 auszusetzen. Denn heute erreichen die meisten selbst die 65 nicht in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Diese Leistungsverbesserungen sind dringend nötig. Und sie sind auch finanzierbar, selbst dann, wenn man den Beitrag zur Rentenversicherung nicht höher anhebt als von der Bundesregierung geplant. Man muss aber früher damit anfangen und die Rücklagen zu einer Demografiereserve ausbauen. Auch bei einer Begrenzung des Rentenbeitrags bis

ANNELIE BUNTENBACH, ist Mitglied im DGB-Bundesvorstand und dort für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik einschließlich der Seniorenpolitik sowie Migrations- und Antirassismopolitik zuständig. Darüber hinaus engagiert sich die 58-Jährige im Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit, im Bundesvorstand der Deutschen Rentenversicherung und in verschiedenen gesellschaftlichen Netzwerken wie Arbeitsloseninitiativen und Bündnissen gegen Rechtsextremismus.

Foto: DGB

zum Jahr 2030 auf 22 Prozent ist eine Stabilisierung der Rente machbar.

Maizeitung: Was fordern Sie im Hinblick auf Tarifautonomie und befristete Arbeitsverträge?

Buntenbach: Wir brauchen dringend eine Stärkung der Tarifautonomie. Im Moment können Tarifverträge nur für allgemeinverbindlich erklärt werden, wenn sie schon für die Hälfte der Beschäftigten einer Branche gelten. Diese 50-Prozent-Marke muss weg. Und wir brauchen sichere Beschäftigung mit Perspektive, die gut bezahlt wird. Sachgrundlose Befristungen, die inzwischen Überhand genommen haben, gehören abgeschafft. Das wirkt sich auch auf die Demokratie im Betrieb aus. Wer mit einem Bein auf der Straße steht, wird sich nur schwer trauen, sich offensiv für seine Interessen oder die Interessen der Kolleginnen und Kollegen einzusetzen.

Maizeitung: Nicht wenige Politiker versprechen vor der Wahl das Blaue vom Himmel, um danach den Wählerwillen wieder nachhaltig zu ignorieren. Wie will der DGB seine Forderungen durchsetzen?

Buntenbach: Wir machen die Neuordnung am Arbeitsmarkt, sichere Rente und ein soziales Europa zu den zentralen Themen des Bundestagswahlkampfs. Je mehr wir hier präsent sind und Druck machen, desto besser sind die Chancen, die Parteien auch in die Pflicht zu nehmen. Nach der Bundestagswahl müssen wir dranbleiben und einfordern, dass das, was versprochen worden ist, auch umgesetzt wird. ▀

Landesregierung will Gesamtschulen fördern

Seitdem SPD und Grüne die neue Landesregierung stellen, hoffen Viele auf eine neue Bildungspolitik in Niedersachsen – vor allem mit Blick auf Integrierte Gesamtschulen (IGS). Beide Parteien haben in ihrem Koalitionsvertrag wichtige Forderungen von GEW, DGB und dem »Volksbegehren für gute Schulen« zum Ausbau der Gesamtschulen übernommen (siehe Kasten). Damit soll vor allem die Gründung einer IGS auf dem Land leichter werden. Die Landesregierung muss dafür allerdings noch das Niedersächsische Schulgesetz ändern. Das müsse in nächster Zeit geschehen, betont GEW-Sekretär Nils Johannsen. Bisher mussten Initiativen aus Eltern, Lehrern, Kommunalpolitikern und GEW, die eine IGS gründen wollten, gerade auf dem Land gewaltige Hürden überwinden, die die alte Landesregierung aufgestellt hatte. Ein großes Problem war etwa die dis-

kriminierende Auflage, genug Schüler für fünf Klassen pro Jahrgang zusammenzubekommen. »Die Gesamtschulen brauchen außerdem mehr Lehrkräfte für den Ganztagsunterricht«, betont Johannsen. Die GEW fordert auch, Gesamtschuloberstufen zu genehmigen, wenn das vor Ort notwendig ist.

Frischer Wind auch in anderen Bereichen

SPD und Grüne haben auch in anderen Bereichen der Bildungspolitik Forderungen der GEW aufgegriffen (siehe Kasten). »Die Landesregierung sollte die vielen Übereinstimmungen mit der GEW und dem DGB nutzen, um gemeinsam eine Prioritätenliste für die nächste Jahre zu entwickeln«, regt Johannsen an. ▀

WICHTIGE FORDERUNGEN ZUM AUSBAU VON INTEGRIERTEN GESAMTSCHULEN IM KOALITIONSVERTRAG VON SPD UND GRÜNEN:

- Eine IGS soll es überall geben, wo Eltern und Schulträger, sprich die Kommunen, dies wünschen.
- Gesamtschulen können mit vier Klassen und in Ausnahmefällen auch mit drei Klassen pro Jahrgang gegründet werden.
- Für eine neue IGS dürfen andere Schulen wegfallen.
- Das Abitur nach neun Jahren ist wieder erlaubt.
- Gesamtschulen sollen wieder gebundene Ganztagschulen mit Unterricht auch am Nachmittag sein.

Weitere Ziele rot-grüner Bildungspolitik:

- Gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen, man spricht auch von inklusivem Unterricht, an den allgemeinbildenden Schulen.
- Ausbau von Kinderkrippen und Kindertagesstätten mit einer Qualitätsoffensive für frühkindliche Bildung in den ersten Lebensjahren.
- Schulsozialarbeit und schulpsychologische Beratung ausbauen.
- Das Übergangssystem von der Schule in den Beruf verbessern, um möglichst allen Jugendlichen eine qualifizierte Berufsausbildung zu ermöglichen.

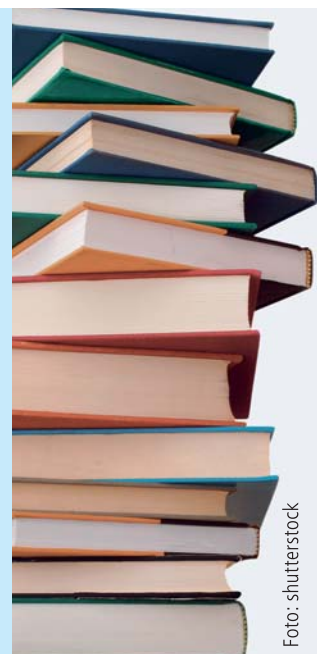


Foto: shutterstock

FÜR WENIG KNETE ZUR NÄCHSTEN FETE!

Stände: 01/2013

TagesEinzel 1 Zone € 4,70

Ticket GVH 2013 Hier antworten

Gute Laune garantiert: mit dem **GVH-TagesEinzelTicket** spontan von einer Party zur nächsten fahren und die Nacht zum Tag machen.

www.gvh.de

GVH

www.bildungsverein.de

BILDUNGSURLAUBE FÜR ARBEITNEHMER/INNEN

außerdem Kurse und Wochenendseminare zu vielfältigen Themen: Kommunikation, Sprachen, Gesundheit, Alltag, Beruf

BILDUNGSVEREIN
SOZIALES LERNEN UND KOMMUNIKATION E.V.
GEMEINNÜTZIGE EINRICHTUNG DER ERWACHSENENBILDUNG

WEDEKINDSTR. 14 • 30161 HANNOVER
TEL. 0511 / 344 144 • FAX: 0511 / 338 798 42
E-MAIL: info@bildungsverein.de

1. MAI 2013 DGB

**1. MAI
UNSER
TAG**

**GUTE ARBEIT. SICHERE RENTE.
SOZIALES EUROPA.**

ÜBERSICHT DER VERANSTALTUNGEN DES DGB AM KLAGESMARKT
MAIKUNDGEBUNG & FEST FÜR DEMOKRATIE

9.00 UHR

10.00 UHR

11.00 UHR

12.00 UHR – 18.00 UHR

12.00 UHR – 16.00 UHR

12.00 UHR

14.00 Uhr

15.30 Uhr

12.00 UHR – 16.00 UHR

12.00 UHR – 17.00 UHR

12.00 UHR – 17.00 UHR

15.00 UHR

20.00 UHR

TREFFEN ZUM AUFMARSCH
NUR NOCH EIN DEMOZUG!
FREIZEITHEIM LINDEN, Windheimstraße 4

ABMARSCHZEIT

HAUPTKUNDGEBUNG AUF DEM KLAGESMARKT

Begrüßung: **Andreas Gehrke**
Geschäftsführer DGB Region Niedersachsen-Mitte

Grußwort: **Bernd Strauch**
Bürgermeister der Landeshauptstadt Hannover

Mairedner: **Andrea Kocsis**
stellvertretende ver.di-Bundesvorsitzende

FEST FÜR DEMOKRATIE, KLAGESMARKT

MASALA AUF DEM KLAGESMARKT

FAELA!

THE DINOSAUR TRUCKERS

JAH CULTURE

GROSSES FESTZELT

Auftakt
KLEEMANN

Hauptprogramm
RE-PLAY

JUGENDBÜNDNIS
GRÜNFLÄCHE BEI DEN SPIELPLÄTZEN

KINDERMEILE
Kinder- und Jugendverbände machen Angebote

AUSSERDEM:

Zelte und Stände von Kirchen und Verbänden, Infomeile, Ausstellungen, Aktionen und Attraktionen

VERANSTALTUNGEN, DIENSTAG, 30. APRIL

SENIORENNACHMITTAG,
mit Kaffee, Kuchen und den Hannover Grammophons

Grußworte: **Anne Gerdum**, Vorsitzende DGB-Seniorenausschuss
Andreas Gehrke, Geschäftsführer DGB Region Niedersachsen-Mitte
Bernd Strauch, Bürgermeister der Landeshauptstadt Hannover
DGB-Festzelt am Klagesmarkt | Eintritt: 4,00 Euro

KABARETT AM VORABEND

Einlass ab 19.00 Uhr **REINER KRÖHNERT: »KRÖHNERT'S KRÖNUNG«**
DGB-Festzelt am Klagesmarkt (Infos dazu auf Seite 10)

DIESES JAHR ERWARTET DIE KINDER:



Kinderzirkus Salto
Foto: Steffen Holz

Im KINDERZELT wird wieder GESPIELT und GEBASTELT. Außerdem gibt es eine HÜPFBURG, KINDERSCHMINKEN und um 13.00 Uhr den KINDERZIRKUS SALTO.



Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen e.V.

Diskussionsveranstaltung mit Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup

Mit Arbeitszeitverkürzung aus der Krise!

Donnerstag | 16.05. | 17:30 | IG-Metall-Haus | Postkamp 12 | Hannover

Eine Veranstaltung vom Zukunftsforum hannoverscher GewerkschafterInnen, attac, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen

Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen | Otto-Brenner-Str. 1 | 30159 Hannover
Tel. (0511) 2790934 | Fax (0511) 2790948 | Mail: kontakt@rls.nds.de | www.nds.rosalux.de

Masala auf dem 1.-Mai-Fest

FAELA!

Latin-Balkan-Animals



Sie kamen aus Argentinien, Bosnien, Chile und Schweden und haben sich in Schwedens liberalem, kreativen Zentrum Malmö getroffen, um die Welt zu

erobern. Seit vielen Jahren touren sie erfolgreich durch Europa, erobern die Herzen und Preise vieler Strassenmusikfestivals und sind längst auf den Bühnen der großen Festivals vom Montreux Jazz Festival bis zur Fusion angekommen.

Ihre Konzerte sind immer rauschende Feste! Durch ihre Schweden-Festa infizieren sie jedes Publikum mit sofortigem Tanzzwang und akuter guter Laune ausgelöst durch das Aufeinandertreffen von ansteckender Spielfreude mit Latin-Rhythmen, Balkanmelodien, Reggae-Beats, Flamenco, Rock'n'Roll und Swing!
www.faela.com

THE DINOSAUR TRUCKERS

UNGEBREMST ZUM HORIZONT.

Die Energie von Motörhead, den Blues von Hank Williams, die Weite von Calexico und das Tragische von Townes van Zandt durch einen Mährescher gejagt und mit dem Charme der Avett Brothers wieder zusammengeklebt – so lässt sich das musikalische Konzept dieser feinen Combo wohl am ehesten beschreiben.

Wer sie schon mal live gesehen hat, fängt bei ihrem Namen automatisch an zu schwitzen. Zu ansteckend ist die Energie, die die vier Jungs an Banjo, Mandoline, Steel Guitar und Kontrabass verbreiten. Wo sie auftreten



öffnen sich große Landschaften, unendliche Weiten und der einzig wahre Bluegrasspunk-Himmel...

www.dinosaurtruckers.de

JAH CULTURE

AFRO – CARRIBEAN REGGAE MUSIC



Energetisch hoch geladene Rhythmik und Perkussion, eine beeindruckende Performance.

Jah Culture ist Roots-Reggae und doch modern. Die Musik erinnert an Wailers-and Steel Pulse-Musik und ist

doch sehr unterschiedlich. Jah Culture umfasst auch die Klassiker des Reggae, sie spielen Melodien von Bob Marley, Peter Tosh, Burning Spear, Ini Kamouze, Gregory Isaacs, Shaggy...

Emmanuel ist der Leader, Gitarrist, Komponist und der mitreißende Leadsänger. Ein erfahrener Frontmann, der mit seinen Vibes das Publikum zum kochen oder zum schmelzen bringt. Nach einer Tour im Jahr 1995 mit Kente (Ghana) blieb er in Deutschland und spielte mit Bands wie ReggaeLites, International Reggae Artistes, Riddim Of Zion und viele andere in und um das Ruhrgebiet.

www.jahculture.com

Musik im großen Festzelt



RE-PLAY

AC/DC und Bruce Springsteen über Status Quo bis hin zu Manfred Manns Earth Band, Foreigner, Toto und auch Elvis... Musikalisches Können und das besondere »Feeling« reißen die Partygemeinde sofort mit! Dazu kommt eine umwerfende Bühnenshow. Unser Motto: »Let's Rock!« www.re-play.at



KLEEMANN

Deutschrock – pur. Markant und ehrlich und modern, aber nicht modisch. Pop-/Rock mit fesselnden Texten, die auch das Thema Finanzkrise emotional und kernig packen.

www.klee-mann.de

KIRCHEN ZUM 1. MAI
IM ÖKUMENISCHEN KIRCHENZELT
»FARBENFROH UND VIELFÄLTIG«

Aktionen und Angebote, Zelt-Café und Spiele, Information und Beratung der katholischen und der evangelisch-lutherischen Kirche beim Fest für Demokratie auf dem Klagesmarkt.

TALK AN DER WELTKUGEL UM 12.30 UHR
THEMA: Gute Arbeit – Gutes Leben

Als Gesprächsgäste zum großen Themenfeld Work-Life-Balance werden erwartet:
Cornelia Rundt, niedersächsische Sozialministerin (angefragt)
Andrea Kocsis, stellv. ver.di-Bundesvorsitzende
Pastorin Nora Steen, Kloster Wülfinghausen
Axel Gerland, Leitung Evangelisches Beratungszentrum Hannover
Karin Gödecke, Gesamtpersonalrat Stadt Hannover

Bereits am **SONNTAG, 28. APRIL, 10.30 UHR, GOTTESDIENST** zum Tag der Arbeit in der **Markuskirche am Lister Platz**.
THEMA: »Der Mensch braucht Brot und auch Rosen«



Evangelisch-lutherischer
Stadtkirchenverband Hannover



KDA
KIRCHLICHER DIENST
IN DER ARBEITSWELT



Katholische Kirche in
der Region Hannover

Mieterbund schlägt Alarm

Mieten in Hannover steigen um bis zu 50 Prozent

Das Pestel-Institut sagt für die Landeshauptstadt Wohnungsnot voraus. Schon heute haben Viele Probleme, eine bezahlbare Bleibe zu finden. Die Maizeitung sprach darüber mit Susanne Schönemeier, Vizechefin des Mieterbundes Hannover.



SUSANNE SCHÖNEMEIER, 47, Vizechefin des Mieterbundes Hannover.

Foto: Michael Fleischmann

Maizeitung: Was für Mietwohnungen fehlen in erster Linie?

Susanne Schönemeier: Es fehlen hauptsächlich kleine günstige Wohnungen für Singles. Aber auch preiswerte große Wohnungen für Familien sind ein Problem.

Maizeitung: Woher kommt die Wohnungsknappheit? Die Bevölkerung geht doch zurück.

Schönemeier: Wir haben die vermehrte Wohnungsnachfrage durch viele Studenten, den doppelten Abi-Jahrgang merkt man immer noch. Es gibt vermehrt Senioren, die vom Land in die Stadt ziehen, weil hier die Infrastruktur besser ist: Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte und vieles mehr. Und wir haben generell einfach mehr Single-Haushalte, das ist die Entwicklung überhaupt. Zugleich wohnen aber auch Familien mit Kindern heute oft lieber in der Stadt. Der Anstieg an Haushalten soll noch die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre anhalten. Das ist so prognostiziert. Es ist noch nicht zu vergleichen mit Hamburg oder München, aber wir merken, dass seit drei Jahren auch in Hannover die Wohnungsnachfrage und die Mietpreise steigen.

Maizeitung: Wie stark ziehen die Mieten bei Neuvermietungen an?

Schönemeier: Das kann man pauschal nicht sagen. Das hängt von der Lage ab und vom Alter der Wohnung. Wenn Sie heute eine relativ neue Wohnung in einer guten Lage mieten wollen, dann sind Sie bei der Neuvermietung schnell bei acht, neun Euro pro Quadratmeter. Das ist ungewöhnlich für Hannover, wir haben hier Durchschnittsmieten von sechs Euro im Bestand.

Maizeitung: Von sechs auf neun Euro, das ist ein Anstieg um 50 Prozent!

» Wir fordern, Mietsteigerungen bei Neuvermietungen per Gesetz zu begrenzen: Zehn Prozent über dem Mietspiegel – dann muss Schluss sein!«

Schönemeier: Wenn da 30 Leute stehen, die die Wohnung haben wollen, dann ist das so – zwar nicht immer, aber es geht auf jeden Fall extrem hoch.

Maizeitung: Wie sieht es bei den Bestandsmieten aus?

Schönemeier: Die haben auch leicht angezogen, so im Durchschnitt von 5,50 Euro auf sechs Euro bis 6,50 Euro. Früher gab es das fast gar nicht.

Maizeitung: Welchen Einfluss hat der Mietspiegel?

Schönemeier: Die vielen neuen Wohnungen, die jetzt so teuer sind, fallen alle irgendwann in den Mietspiegel. Dadurch werden die Vergleichsmieten aus dem Mietspiegel immer höher. Das heißt, diese Neuvermietungen jetzt, die tun in zwei, drei Jahren auch den Bestandsmieten richtig weh.

Maizeitung: In Hamburg sind Sozialwohnungen fast flächendeckend weggebrochen. Wann läuft die Mietpreisbindung der Sozialwohnungen in Hannover aus?

Schönemeier: Wir haben Bindungen, die laufen noch zehn oder fünfzehn Jahre, andere sind schon ausgelaufen. Das Problem bei den Sozialwohnungen ist, dass in den vergangenen zehn Jahren keine neuen gebaut wurden. Deshalb fehlen die jetzt einfach. Für die Sozialwohnungen, die schon rausgefallen sind aus der Mietpreisbindung, gibt es kaum Ersatz.



Maizeitung: Auf Betreiben von CDU und FDP wurde das Förderprogramm »Soziale Stadt« zusammengestrichen. Damit steht deutlich weniger Geld für benachteiligte Stadt- und Wohn-Quartiere bereit. Was werden die Folgen sein?

Schönemeier: Die Folgen sind jetzt schon, dass Fördermaßnahmen wie Kinderbetreuung und Treffpunkte in einzelnen Quartieren nicht mehr weitergeführt werden können. Das haben wir im Stadtteil Hainholz schon erlebt.

Maizeitung: Was fordern Sie von der Politik?

Schönemeier: Das wichtigste ist eine Dekretion des Preisanstiegs bei Neuvermietun-

gen auf zehn Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete. Das ist extrem wichtig. Bisher kann der Vermieter nehmen, was er kriegt. Also, zehn Prozent über dem Mietspiegel - und dann muss Schluss sein! Dadurch würden auch die Bestandsmieten langsamer steigen. Ansonsten fordern wir natürlich, dass die Förderung für das Programm 'Soziale Stadt' wieder erhöht wird. Das Land muss Wohnraumförderprogramme des Bundes gegenfinanzieren, was teilweise nicht passiert. Und das Geld muss dann auch zweckgebunden für den sozialen Wohnungsbau eingesetzt werden, was auch nicht immer der Fall war. ▀

Region Hannover: Schulreinigung auf Kosten der Beschäftigten

Den Putzfrauen, die die Schulen in Hannover und vielen Städten des Umlandes reinigen, wird derzeit übel mitgespielt. Ihren kargen Lohn hat das Unternehmen, bei dem sie beschäftigt sind, durch einen Trick jetzt noch weiter nach unten gedrückt. Ab sofort müssen die Putzfrauen in den Schulferien zwar weiterhin die sogenannte Grundreinigung erledigen, diese wird aber nicht mehr als Beschäftigungszeit angerechnet. Dadurch sinkt nicht nur der monatliche Lohn, auch mehrere Urlaubstage im Jahr gehen flöten. Zugleich hat das besagte Unternehmen die zu reinigenden Quadratmeter pro Stunde erhöht. Die Beschäftigten sind wütend. Trotzdem fühlen sich verantwortliche Kommunalpolitiker nicht zuständig, wie IG BAU-Regionalleiter Eckhard Stoerner berichtet – und das bringt auch ihn auf die Palme. »Das ist nichts Anderes als Lohn- und Sozialdumping«, schimpft er. Die Städte und Gemeinden seien sehr wohl gefordert. Schließlich



Foto: philiz01 – photocase.com

würden sie als Schulträger die Gebäudereinigungsfirma beauftragen, die Schulen zu säubern. Stoerner fordert die Kommunen auf, ihren Einfluss zu nutzen, damit die Lohn-

drückerei und das Herumstreichen am Urlaub unterbleiben. Sollte sich das Unternehmen weigern, dürfe es keine staatlichen Aufträge mehr erhalten. ▀



Beratung sofort nach Beitritt.



Kompetente Hilfe bei allen Fragen zum Mietrecht.

Unsere Mitglieder wissen mehr!

Bürostunden

Mo., Di., Do.: 8.00–17.00 Uhr
Mi.: 8.00–18.30 Uhr
Sa.: 10.00–13.00 Uhr

Außenstellen

Bückeburg, Celle, Nienburg, Hoya
Springe, Neustadt, Rinteln.

Herrenstraße 14 · 30159 Hannover
Telefon 0511/121060
info@dmb-hannover.de
www.dmb-hannover.de

RECHTSANWÄLTE & NOTAR
DETLEF FRICKE | JOACHIM KLUG

WIR SETZEN UNS FÜR SIE EIN
ARBEITSRECHT
FAMILIENRECHT
NOTARIAT

GOSERIEDE 12
IM HAUS DER VER. DI-HÖFE
30159 HANNOVER
TELEFON: 0511 - 1 77 77 & 0511 - 70 07 40
E-MAIL: POST@FRICKE-KLUG.DE
WWW.FRICKE-KLUG.DE



Stadthagen: Faurecia-Beschäftigte kämpfen um ihre Arbeitsplätze

Die Beschäftigten des Autositzherstellers Faurecia in Stadthagen kämpfen engagiert um ihre Arbeitsplätze. Der französische Mutterkonzern PSA, der die Marken Peugeot und Citroën herstellt, will das Produktionswerk dicht machen. Auch in Forschung und Entwicklung und der sogenannten Autositzzentrale, die führende Verwaltungsfunktionen für Nordeuropa in Stadthagen bündelt, sollen Arbeitsplätze wegfallen. Nicht wenige befürchten, dass danach noch weitere Arbeitsplätze dran glauben müs-

angefangen, Produktionsstätten in Osteuropa aufzubauen. Das Ziel war klar: Lohnkosten senken und die Gewinne steigern. Daraus wurde aber nichts, weil die Wettbewerber in der Auto-sitzbranche nachzogen und so die Preise unter Druck geraten sind. »Zu in Osteuropa kalkulierten Preisen kannst du hier in Westeuropa kaum mithalten«, erläutert Gröger den Grund für die Probleme bei Faurecia. »Alte Produktserien sind hier ausgelaufen, und die neuen werden in Polen und Tschechien gefertigt.« Andere Fir-

Kundgebung vorm Werkstor.

Foto: Claudia Gäbel



sen. Denn die Geschichte des Automobilzulieferers ist seit zehn Jahren von Personalabbau geprägt. Von ehemals 1.200 Beschäftigten in der Produktion sind heute nur noch 235 übrig geblieben, die Zahl der Prototypenbauer in der Entwicklung hat sich mit 52 fast halbiert. Mit einem Drei-Säulen-Konzept zum Erhalt des Standorts (siehe Kasten), Demonstrationen und vielen anderen Aktionen versuchen IG Metall und Betriebsrat, die verbliebenen Arbeitsplätze zu retten. »Wir haben auch mit Angela Merkel und Sigmar Gabriel gesprochen«, sagt Betriebsratsvorsitzender Fred Hartmann. »Beide sagten zu, sich beim französischen Präsidenten François Hollande für den Verbleib der Arbeitsplätze in Stadthagen einzusetzen. Wir warten noch auf ein Feedback.«

»Vor allem Managementfehler sind für die Entwicklung verantwortlich.«

Thorsten Gröger, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Stadthagen, sieht den Grund für den Niedergang des Werks vor allem in Managementfehlern. Faurecia hat wie viele andere Automobilzulieferer um die Jahrtausendwende

men, die weniger Produktbereiche ins Ausland verlagert haben, seien von der Preisdrückerei weniger betroffen. Deshalb sei es auch ein großer Fehler, nach dem Presswerk nun auch den Werkzeugbau zu schließen, betont Gröger.

»Von dem, was wir mit der Geschäftsführung vereinbart haben, ist viel zu wenig umgesetzt worden.«

Fred Hartmann, Betriebsratsvorsitzender

Das Presswerk machte die Konzernleitung schon vor sieben Jahren dicht. Außerdem wurde die Großserienfertigung in Stadthagen eingestellt, um sie in Osteuropa zu konzentrieren. Im Gegenzug versprach die Geschäftsführung, Millionen für ein sogenanntes Center of Excellence für Presstechnologie zu investieren. Man wollte angeblich Kleinserien und Ersatzteile in Stadthagen fertigen. »Von dem, was wir vereinbart haben, ist viel zu wenig umgesetzt worden«, kritisiert Fred Hartmann auch mit Blick auf andere gebrochene Abmachungen. Er und seine Kollegen lassen sich trotzdem nicht entmutigen und kämpfen weiter für ihre Arbeitsplätze. ▀

Demonstration in Stadthagen.

Foto: Claudia Gäbel



DREI-SÄULEN-KONZEPT VON IG METALL UND BETRIEBSRAT FÜR DEN ERHALT DES STANDORTS

1. Beschlagwerk und Werkzeugbau weiterführen

— Die Beschlagfertigung ist hoch profitabel, der Konzern hat viele Aufträge. Die IG Metall fordert, Aufträge an Faurecia als Know-how-Träger zu geben.

— Den Werkzeugbau retten, um Feinschneideteile auch zukünftig vor Ort produzieren zu können.

2. Premiumkonzept ausbauen

— Die Produktion des D4-Sitzes für den Audi A8 läuft in drei Jahren aus. Der Betriebsrat fordert, einen neuen Auftrag für die neue Generation von Leichtbausitzen an Land zu ziehen, im Gespräch ist Volkswagen-Porsche: Entwicklung und spätere Produktion in Stadthagen.

— Die nicht ausgelastete Lackieranlage sichern, um eine größere Chance auf neue Aufträge zu haben.

3. Forschung und Entwicklung sichern

— Kein Abbau von Arbeitsplätzen im Prototypenbau, um die hohe Kompetenz für Innovationen nutzen zu können.

— Vorrichtungsbau in Stadthagen konzentrieren. Das entlastet andere Werke des Konzerns von aufwendigen Aufgaben und sichert bei Faurecia die Beschäftigung.

1. MAI
UNSER
TAG

1. MAI 2013

DGB

GUTE ARBEIT. SICHERE RENTE.
SOZIALES EUROPA.

MAIFEST IN STADTHAGEN

PROBSTHÄGER STRASSE 4

11.00 UHR MAI-KUNDGEBUNG

BEGRÜSSUNG: MICHAEL PATSCHKOWSKI
Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

MAIREDE: WILFRIED HARTMANN
IG Metall Niedersachsen

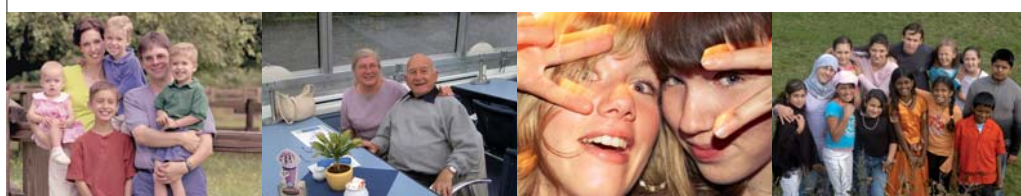
Anschließend: FAMILIENFEST
Live-Musik, Kinderspiele, Hüpfburg,
internationales Angebot an
Speisen und Getränken, Infotischen u.v.m.

DIESES JAHR MIT FRAGILE MATT

Irish Folk vom Feinsten. Traditionell, gefühlvoll, fröhlich, lebendig und am besten live, mehrstimmiger Gesang umrahmt von fetzigen irischen und schottischen Tunes.



Vielfalt, Innovation, Verantwortung - soziale Arbeit mit Herz



Die AWO in der Region Hannover

- Kindertagesstätten: Kindergarten, Hort, Krippe
- Familienzentren
- Jugendarbeit
- Arbeit und Qualifizierung
- Pflege und Betreuung
- Beratung
- Migrationsarbeit
- Mit der AWO reisen

Unsere Angebote sind für alle Menschen offen

AWO Arbeiterwohlfahrt
Region Hannover e.V.

Wilhelmstraße 7 · 30171 Hannover · Tel.: 0511 8114-0
info@awo-hannover.de · www.awo-hannover.de

»Lohnerhöhungen sind dringend erforderlich«

Die Tarifforderungen der Gewerkschaften drehen sich dieses Jahr bis auf den Einzelhandel vor allem ums Geld. Denn immer mehr Beschäftigte kommen selbst mit einem Vollzeitjob nicht mehr über die Runden – vorprogrammierte Armut im Alter inklusive. Und wenn es wie in der Gebäudereinigung nicht zu einem Vollzeitjob reicht, sieht es oft noch düsterer aus. Die Arbeitszeit in diesem Knochenjob liege in der Regel bei maximal vier, fünf Stunden täglich, erläutert Stephanie Wlodarski, Betriebsrätin einer Gebäudereinigungsfirma. »Bei einem Stundenlohn von neun Euro brutto, kannst du davon nicht leben. Die Putzfrauen kämpfen ums Überleben.« Viele sind



»Ich und meine Familie sind auf einen guten Tarifabschluss angewiesen, die Lebenshaltungskosten steigen ständig.«

BIRAY GÖTZKE, 46, Mitarbeiterin und Vertrauensfrau in der Truck-Montage bei Bosch Rexroth in Laatzen.

Foto: Stefan Drechsler

»Die Putzfrauen kämpfen ums Überleben.«

STEPHANIE WLODARSKI, 44, Betriebsrätin einer Gebäudereinigungsfirma.

Foto: Frank Duensing

gezwungen, zusätzlich einem 400-Euro-Job nachzugehen, um nicht von Hartz IV abhängig zu sein. »Manche müssen sogar schon drei Jobs machen«, berichtet Wlodarski. Eine Lohnerhöhung, wie sie die IG BAU fordert, sei »ganz dringend« erforderlich.

Bitter nötig ist auch ein Altersübergangsgeld für Bauarbeiter, wie es die Gewerkschaft fordert. »Es ist unmöglich, auf dem Bau bis 67 zu arbeiten, der Körper setzt hier einfach Grenzen«, betont Henning Biermann, Betriebsrats-



»Ein Großteil der Kollegen fällt im Alter in ein tiefes Existenzloch.«

HENNING BIERMANN, 51, Schachtmeister und Betriebsratsmitglied einer Straßenbaufirma.

Foto: Michael Fleischmann

mitglied einer Straßenbaufirma. »Ein Großteil der Kollegen fällt im Alter in ein tiefes Existenzloch.« Von vorprogrammierter Altersarmut seien besonders die älteren Kollegen betroffen, die lange Zeit in kleinen Baufirmen beschäftigt waren. »Diese Firmen haben oft das Schlechtwettergeld nicht genutzt«, erläutert der Tief-

bauer. »Die Belegschaft wurde zu Weihnachten entlassen und je nach Witterungslage erst zum Frühjahr wieder eingestellt.« Das waren immer drei oder vier Monate im Jahr, in denen keine



oder nur geringe Rentenbeiträge eingezahlt wurden. Das drückt die Rente weiter nach unten. »Von einer solchen Rente stirbt man zwar nicht, aber davon kann man auch nicht in Würde alt werden«, betont Biermann.

»Ich und meine Familie sind auf einen guten Tarifabschluss angewiesen«, sagt Biray Götzke, Mitarbeiterin in der Truck-Montage

bei Bosch Rexroth in Laatzen. »Die Lebenshaltungskosten steigen ständig, und in meiner Abteilung erhöhen wir Jahr für Jahr massiv die Produktionszahlen. Deshalb ist die Umsetzung unserer Forderung von 5,5 Prozent Entgelterhöhung für die Metall- und Elektroindustrie mehr als gerechtfertigt. Es kann nicht sein, dass die Arbeitgeber jedes Jahr den Rahm abschöpfen und wir nichts abbekommen.« Götzke kündigt an, ab dem 1. Mai wieder mit den Kolleginnen und Kollegen auf die Straße zu gehen.

Manteltarif wieder in Kraft setzen!

Rund 300.000 Beschäftigte gibt es im niedersächsischen Einzelhandel, zwei Drittel davon sind Frauen. Viele von ihnen sind Mütter, nicht wenige alleinerziehend. Sie alle sind auf den tariflichen Schutz und die Zuschläge bei Spät- und Nachtarbeit angewiesen – also alles das, was die Arbeitgeber abschaffen wollen und deshalb den Manteltarifvertrag gekündigt haben. Nur diese Tarifregelungen geben den Kolleginnen die Sicherheit, abends zu Hause bei ihren Kindern sein zu können. Die Empörung in den Belegschaften steigt.



»Ich habe zwei Kinder, ich brauche den tariflichen Schutz für meine Familie.«

BARBARA GORGS, 40, Betriebsratsvorsitzende in einem Einzelhandelsbetrieb.

Foto: ver.di

»Ich habe zwei Kinder, ich brauche den tariflichen Schutz für meine Familie«, stellt sich Barbara Gorgs, Betriebsratsvorsitzende eines Einzelhandelsunternehmens, den Arbeitgebern entgegen. »Diesen Anspruch werden wir nicht hergeben.«

Continental-Kautschuk-Sparte: Entlastung für ältere Beschäftigte

Eine Rahmenbetriebsvereinbarung für die Continental-Rubber-Group Deutschland ermöglicht älteren Schichtarbeitern, ihre Arbeitszeit auf eine 4-Tage-Woche zu verringern – und das bei weiter gezahltem vollen Entgelt. Aber auch jüngere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter profitieren von der Vereinbarung, auf die sich Gesamtbetriebsrat und Personalleitung verständigt haben: Bei besonderen Belastungen wie der Kindererziehung, der Pflege von Angehörigen oder während der beruflichen Weiterbildung kann die Arbeitszeit ebenfalls verringert werden – ohne Lohn- und Gehaltseinbußen. Die Rahmenbetriebsvereinbarung geht auf den »Tarifvertrag Demografie II« zurück, den Chemiearbeitgeber und IG BCE vergangenes Jahr abgeschlossen haben. Dieser ermöglicht den Chemieunternehmen, den demografischen Wandel mit einer immer älter werdenden Belegschaft frühzeitig zu gestalten.

»Der Tarifvertrag will für die jüngeren Beschäftigten Freiräume schaffen, damit sie Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren können.«

»Wir wollen nicht abwarten, bis die Betriebe von den Ereignissen überrollt werden«, betont Wolfgang Blossy, IG BCE-Unternehmensbetreuer

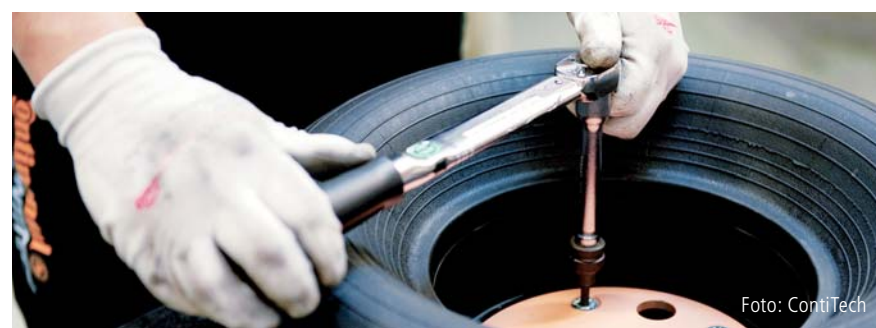


Foto: ContiTech

der Continental AG und Leiter des Bezirks Hannover. »Der Tarifvertrag will die Kollegen in Wechselschicht spürbar entlasten und dafür sorgen, dass sie gesund bleiben. Und er will gleichzeitig für die jüngeren Beschäftigten Freiräume schaffen, damit sie Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren können.« Hasan Allak, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender im Conti-Werk Stöcken, ergänzt: »Jetzt können wir an den Standorten familienfreundliche Regelungen abschließen, die unsere Kolleginnen und Kollegen entlasten, etwa wenn sie mehr Zeit für die Kindererziehung benötigen.«

Der Arbeitgeber zahlt

Finanziert wird das Vorhaben unter anderem durch den »Demografiefonds II«, in den die Arbeitgeber 200 Euro jährlich pro Tarifmitarbei-

ter einzahlen. Diese Gelder bilden das Fundament, um die Arbeitszeit bei vollem Entgeltausgleich zu verringern. Die Vereinbarung lässt verschiedene Möglichkeiten der Entlastung zu. Typisches Beispiel ist der 55-jährige Schichtarbeiter. Er arbeitet zunächst fünf Jahre Vollzeit. Dabei sammelt er seine ihm tariflich zustehenden zweieinhalb Wochenstunden »Altersfreizeit«, anstatt diese einzulösen. Fünf Jahre vor seinem Rentenanstritt wechselt der Mitarbeiter in die Teilzeitarbeitsphase, wo er nur noch vier Tage in der Woche arbeitet. Dabei setzt er weitere zweieinhalb Wochenstunden »Altersfreizeit« ein. Den rechnerischen Rest bis zu einem Siebeneinhalb-Stunden-Tag zahlt der Arbeitgeber mit dem sogenannten Demografiefondsbetrag. So verdient der Mitarbeiter trotz verringerter Arbeitszeit weiterhin sein volles Entgelt.

BEITLICH

BRAUL

STROMBURG

Anwaltskanzlei

Postkamp 12 · 30159 Hannover

Telefon 0511 · 32 63 01

Telefax 0511 · 363 26 77

info@bbs-anwaltsbuero.de

www.bbs-anwaltsbuero.de

PETRA BEITLICH

Fachanwältin für Familienrecht

HANS-HEINRICH BRAUL

Fachanwalt für Arbeitsrecht

SABINE STROMBURG

Fachanwältin für Miet- und Wohnungseigentumsrecht

HANS ROSENDAHL

Rechtsanwalt (bis 2011)

MICHAEL TUSCH

Rechtsanwalt · Strafverteidiger

WIR MACHEN DAS

■ **Achim Thannheiser**
Rechtsanwalt + Betriebswirt

■ **Angelika Küper**
Rechtsanwältin

■ **Vera Westermann**
Rechtsanwältin

■ **Volker Mischewski**
Rechtsanwalt + Mediator
Fachanwalt für Arbeitsrecht

■ **Lothar Böker**
Rechtsanwalt + Mediator

■ **Nadia Ben Hatit-Lochte**
Rechtsanwältin

in Bürogemeinschaft mit
■ **Panagiota Brachou**
Rechtsanwältin

☎ 0511/990490
☎ 0511 9904950

✉ rechtsanwalt@thannheiser.de
www.thannheiser.de

✉ Rühmkorfstraße 18
30163 Hannover

NSU-Untersuchungsschuss: »Sicherheitsarchitektur gehört auf den Prüfstand«

Die deutschen Sicherheitsbehörden haben die Morde der Terrorzelle »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) verschlafen. Der Untersuchungsausschuss des Bundestages hat dazu inzwischen mehr als 60 Zeugen von Polizei, Verfassungsschutz und Justiz gehört und will im Sommer seinen Abschlussbericht vorlegen. Die Maizeitung sprach mit dem Ausschussvorsitzenden Sebastian Edathy (SPD) über erste Ergebnisse und Konsequenzen.

Maizeitung: Welchen Fragen sind Sie im Untersuchungsausschuss nachgegangen?

Sebastian Edathy: Es geht im Kern um die Frage, wie es sein konnte, dass unsere Sicherheitsbehörden über 13 Jahre hinweg einer rechtsextremistischen Gruppierung nicht auf die Spur gekommen sind, die in dieser Zeit zehn Menschen ermordet, zwei Anschläge verübt und 14 Überfälle begangen hat. Bis zum Sommer widmen wir uns auch noch der Frage, ob es in der Zeit des Untertauchens des rechtsterroristischen Trios bei staatlichen Stellen Hinweise auf den Verbleib der drei gegeben hat, denen man möglicherweise nicht nachgegangen ist.

Maizeitung: Was sind erste wichtige Ergebnisse?

Edathy: Ein abschließendes Bild haben wir bisher noch nicht herstellen können. Als Zwischenfazit kann man aber auf jeden Fall festhalten, dass ganz offensichtlich die Gefährlichkeit eines zunehmend gewaltbereiter gewordenen Rechtsextremismus in Deutschland lange Zeit unterschätzt worden ist. Darüber hinaus ist festzustellen, dass die Ermittlungen sehr einseitig – was die Morde anbetrifft – in Richtung Organisierter Kriminalität geführt worden sind und keineswegs ergebnisoffen. Und zum Dritten ist es leider eine Tatsache, dass unsere 36 Sicherheitsbehörden in Deutschland oftmals nicht ausreichend miteinander kommunizieren, wenn es darum geht, wichtige Informationen auszutauschen und zusammenzuführen.

Maizeitung: Warum wurden die Ermittlungen so einseitig in Richtung Organisierter Kriminalität geführt?

Edathy: Mein Eindruck ist, dass Teile der Polizei bei den zehn Mordopfern, die einen türkischen beziehungsweise griechischen Familienhintergrund hatten, sehr stark vorur-



SEBASTIAN EDATHY, 43, SPD-Bundestagsabgeordneter aus Rehburg-Loccum und Vorsitzender des NSU-Untersuchungsausschusses.

Foto: www.edathy.de

teilsbehaftet an die Ermittlungen herangegangen sind. Es ist sachlich überhaupt nicht nachvollziehbar, warum man sich so stark auf die Idee fixiert hat, es müsse sich um Schutzgelderpressung oder Drogenhandel handeln und die Idee eines rassistischen Motivs nahezu ausgeblendet hat. Das hat was mit der Polizeiausbildung zu tun, auch mit Weiterbildung. Es hat auch was zu tun mit der Gewinnung von qualifiziertem Personal. Da scheinen wir viele Defizite zu haben.

Maizeitung: Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, hat eine Rassismuse debatte gefordert.

Edathy: Ich habe nicht den Eindruck, dass unsere Polizei rassistisch ist. Es muss aber klar sein, dass diejenigen, die an sensibler Stelle Sicherheitsaufgaben wahrnehmen, mit beiden Beinen auf dem Boden des Grundgesetzes stehen müssen. Es gibt zwei Kernversprechen des Rechtsstaates: Egal wer du bist, der Staat schützt dich vor Verbrechen. Und wenn du trotzdem Opfer einer Straftat wirst, wird objektiv und professionell aufgeklärt. Beide Versprechen sind gegenüber den NSU-Opfern gebrochen worden. Ein solches Versagen darf sich nicht wiederholen, das ist

diese Gesellschaft ihrer demokratischen Selbstachtung schuldig.

Maizeitung: Welche weiteren Konsequenzen fordern Sie?

Edathy: Das Mindeste ist, dass unsere Sicherheitsarchitektur dringend auf den Prüfstand gehört. Wir werden unsere Vorschläge im Rahmen unseres Abschlussberichts machen. Dazu wird voraussichtlich gehören: Wenn Angehörige ethnischer oder religiöser Minderheiten Opfer einer schweren Straftat werden, muss zwingend auch in Richtung eines möglichen rechtsextremistischen Motivs ermittelt werden.

sungsschutzes definitiv nicht so bleiben kann, wie sie sich zurzeit gestaltet.

Maizeitung: Was muss sich beim Verfassungsschutz ganz offensichtlich ändern?

Edathy: Offensichtlich ist beispielsweise, dass das Instrument des V-Mann-Einsatzes in der Vergangenheit in einer völlig unverhältnismäßigen Art und Weise angewendet wurde. Mehr Aufsicht, mehr Kontrolle sind notwendig.

Maizeitung: Der Inlandsgeheimdienst will von nun an alles besser machen: gewaltbereite Extremisten



Foto: shutterstock

Maizeitung: Die Türkische Gemeinde in Deutschland fordert, den Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form aufzulösen. Was ist Ihre Meinung?

Edathy: Ich bin der festen Überzeugung, wir brauchen auch in Zukunft nachrichtendienstliche Mittel im Sinne einer wehrhaften Demokratie. Wenn man diese Mittel nicht der Polizei geben will, und das will ich nicht, brauchen wir dafür eine gesonderte Behörde. Ich glaube aber, dass die Struktur des Verfas-

mit allen Mitteln überwachen und klare Regeln für die Aufbewahrung und Löschung von Akten einführen.

Edathy: Das wird definitiv nicht ausreichen. Ich bitte aber zur Kenntnis zu nehmen, dass wir unsere Vorschläge gemeinsam der Öffentlichkeit im Sommer vortragen. Das werde ich als Ausschussvorsitzender jetzt nicht vorwegnehmen. Ich kann aber versichern, das werden überzeugende Vorschläge sein. ▀

Nutzen Sie das BIZ!!!

Das BIZ ist die richtig Adresse für alle, die vor einer beruflichen Entscheidung stehen oder einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz suchen.
Hier können Sie sich kostenlos informieren über:

- Arbeits- und Ausbildungsstellen
- Ausbildung und Studium
- Berufsbilder und ihre Anforderungen
- Weiterbildung und Umschulung
- Arbeitsmarkt Europa

Öffnungszeiten:
Mo., Mi., Fr.: 08:00 bis 13:30 Uhr
Die.: 08:00 bis 15:30 Uhr
Do.: 08:00 bis 18:00 Uhr

Berufsinformationszentrum der Agentur für Arbeit Hannover
Brühlstr. 4 (Eingang Escherstr. 17)
30169 Hannover
Tel.: 0 511/9019-21 98
Fax: 0 511/ 9 19-22 50
www.arbeitsagentur.de

Bundesagentur für Arbeit

JOB CENTER REGION HANNOVER

Stein auf Stein

so betrachten wir unsere Arbeit!

- Information
- Beratung
- Qualifizierung und
- Förderung

von Jugendlichen und langzeitarbeitslosen Erwachsenen – das sind unsere Bausteine, mit denen wir Menschen in den ersten Arbeitsmarkt integrieren. Arbeitgeber bieten wir hierbei gute Lösungen für eine erfolgreiche Personalauswahl an!

Wir unterstützen Sie auf Ihrem Weg!

Jobcenter Region Hannover; Tel. 0511/ 6559-2001; Fax 0511/ 6559-2010; www.jobcenter-region-hannover.de

Wissen für Heute.

Bildungsvereinigung
ARBEIT UND LEBEN
Niedersachsen Mitte

BILDUNG IST DEINE CHANCE – GREIF ZU!

Aktuelles Bildungsprogramm + Infos an unserem Stand
oder über 0511/12105-0 www.arbeitundleben-nds.de

Wissen für Morgen.

verbraucherzentrale

Energie sparen!

- Wärmedämmung
- Erneuerbare Energien

Kosten sparen!

- Heizungstechnik
- Fördermöglichkeiten

Unabhängige Beratungen und Informationen von der

verbraucherzentrale Niedersachsen

Herrenstr. 14 · 30159 Hannover
Termine für die Energieberatung unter T. 018 809802400
www.verbraucherzentrale-niedersachsen.de

2. Mai 1933: Nazis zerschlagen die freien Gewerkschaften



Hissung der Hakenkreuzfahne.

Fotos (2): Privatarchiv R. Ballhause, Plauen

Dramatische Szenen vor 80 Jahren: Nach dem Verbot der Gewerkschaften stürmten SA- und SS-Schergen am 2. Mai 1933 die Gewerkschaftshäuser, misshandelten und verhafteten Gewerkschafter und beschlagnahmten das Eigentum.

Schon vorher hatten die Nationalsozialisten den 1. Mai zum arbeitsfreien »Feiertag der nationalen Arbeit« erklärt. Trotzdem rief der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) seine Mitglieder Mitte April 1933 auf, sich an den von den Nazis veranstalteten Kundgebungen zu beteiligen. Mit der Entscheidung, sich anzupassen, glaubte die Führung des ADGB, seine Verbände als unpolitische Organisationen durch eine kurze Zeit der NSDAP-Herrschaft lavieren zu können - eine fatale Fehleinschätzung. Der nationalsozialistische Terror, dem vorher schon Kommunisten und Sozialdemokraten ausgesetzt waren, traf nun auch die Gewerkschaften. Die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, die Abschaffung der Demokratie und die Gleich-



Die SS verbrennt die schwarz-rot-goldene Flagge, die rote Fahne und die Verbandsfahnen.

schaltung des Reiches mit Propaganda und Terror waren die Voraussetzungen, um eine faschistische Diktatur zu etablieren.

Das hannoversche Gewerkschaftshaus an der Goseriede wurde wie etliche andere bereits zuvor überfallen. Als Probe für das spätere Verbot stürmten am Vormittag des 1.

April SS und SA das Volksheim und verhafteten zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre. Am Nachmittag wurde die Zentrale des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands am Opernhaus besetzt. Die Gebäude wurden verwüstet, Akten zerstört, Anwesende misshandelt, und der Leiter der Herberge Alfred Lübbecke wurde mit Pistolenschüssen schwer verletzt. Viele nicht angepasste Gewerkschafter landeten in Konzentrationslagern, manche überlebten nicht. Andere, wie die Hannoveraner Otto Brenner (IG Metall) und Albin Karl (DGB), bauten nach dem Krieg die Gewerkschaften wieder auf und leisteten damit einen wichtigen Beitrag zur Festigung der Demokratie.

Zum 80. Jahrestag des Verbots der Gewerkschaften finden mehrere Veranstaltungen statt. Es geht auch um die Frage der heutigen Bedeutung der damaligen Ereignisse. Bis zum 12. April läuft im Rathaus die Ausstellung »Gewerkschafter in Konzentrationslagern 1933 bis 1945«.

Auch Solo-Selbstständige profitieren von Gewerkschaften

Bei Gewerkschaften denken viele zuerst an Tarifverhandlungen und Streiks. Dabei vertritt ver.di seit langem auch viele Solo-Selbstständige. Immer mehr Menschen arbeiten allein auf eigene Rechnung und erzielen dabei oft nur ein mageres Einkommen. Laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung wuchs ihre Zahl zwischen 2000 und 2011 um rund 40 Prozent auf bundesweit 2,6 Millionen - Tendenz weiter steigend. Immer mehr bestreiten ihre Existenz dauerhaft mit Honorartätigkeiten, wechseln also nicht nach einer gewissen Zeit in ein Angestelltenverhältnis. Besonders häufig arbeiten die Solo-Selbstständigen in Medienberufen, als

Lehrer, im IT-Bereich oder in der Altenpflege. Selbst Hausmeister und Kraftfahrer sind als angeblich »freie Unternehmer« keine Seltenheit mehr. Bei vielen liegt das Einkommen unter dem von Arbeitnehmern. Statistiker rechnen ein Drittel der Einzelkämpfer sogar dem Niedriglohsektor zu. Was liegt also näher, als in die Gewerkschaft einzutreten, um seine Interessen besser durchsetzen zu können.

Anders als Arbeitnehmer profitieren die Ein-Personen-»Unternehmen« vor allem von den Beratungsleistungen der Gewerkschaft. In den Medienberufen etwa steht die mediafon-ver.di-Beratung für Solo-Selbstständige hoch im

»Die mediafon-ver.di-Beratung habe ich immer wieder mit Erfolg in Anspruch genommen. Nebenbei ist es auch schön, dass ich als ver.di-Mitglied den Presseausweis kostenlos erhalte.«

Anne K., freie Journalistin

Kurs. »Die habe ich immer wieder mit Erfolg in Anspruch genommen«, sagt Anne K., die seit mehreren Jahren als freie Journalistin für eine Lokalredaktion im hannoverschen Umland schreibt. »Das fing schon damit an, als es darum ging, in die Künstlersozialkasse reinzukommen.« Diese ermöglicht freien Künstlern und Journalisten, gegen einen geringen Beitrag kranken- und rentenversichert zu sein. Anne K. schätzt auch den Ratgeber für »Freie«, wie auf eigene Rechnung arbeitende Journalistinnen und Journalisten auch genannt werden. »Den ziehe ich auch heute noch häufiger einmal zu Rate.« Und natürlich will sie den jährlichen Pres-

seausweis nicht missen, den ver.di-Mitglieder unter den Journalisten kostenlos erhalten.

Selbst wenn es Ärger mit einem Auftraggeber gibt, kann die Gewerkschaft helfen. Diese Hilfe wird besonders wichtig, wenn die Solo-Selbstständigen einen Großteil ihres Einkommens nur bei einem Auftraggeber erzielen - und das ist meist so. Anne K. bildet da keine Ausnahme. Sie schreibt zwar noch für ein Magazin und verkauft das eine oder andere Foto, aber ihr Hauptauftraggeber ist die Lokalzeitung. Die Journalistin berichtet von aktuellen Streitigkeiten um Bild- und Textrechte im Internet.

*Name von Redaktion geändert

KABARETT

Reiner Kröhnert:

»Kröhnert's Krönung«



30.04., DGB-Festzelt auf dem Klagesmarkt

Mal ehrlich: Haben Sie sich nicht auch schon mal gefragt, ob die Regierung noch alle Tassen im Schrank hat? Der Kabarettist Reiner Kröhnert jedenfalls belässt es nicht bei leisen Zweifeln. Statt abgestandener Brühe liefert er politisches Kabarett vom Feinsten. Nicht nur Kanzlerin Merkel wird durch seine Parodien veredelt, auch die anderen kommen nicht zu kurz.

Beginn: 20.00 Uhr | Einlass: 19.00 Uhr

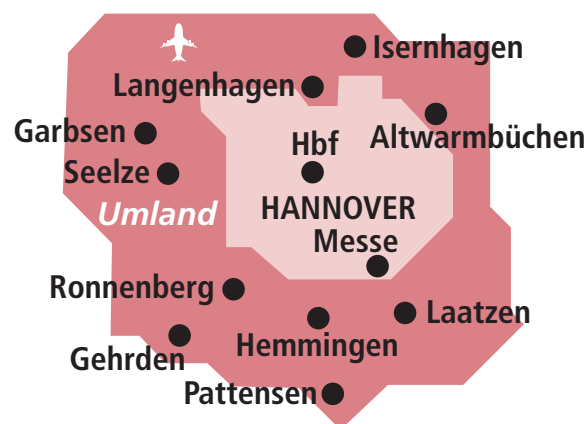
Vorverkauf: 10,00 Euro/8,00 Euro

Abendkasse: 12,00 Euro/10,00 Euro

Kartenvorverkauf: DGB, Otto-Brenner-Straße 1,

Hannover, Vorbestellungen: 0511.16387-0

Mit der Nelke zum Klagesmarkt und zurück



Die Mainelke (und der Pin) berechtigen auch in diesem Jahr am 1. Mai zur kostenfreien Nutzung aller Verkehrsmittel des Großraum-Verkehrs Hannover (GVH) in den Tarifzonen »Hannover« und »Umland« zur Veranstaltung am Klagesmarkt und zurück. Die Zone »Hannover« entspricht dem Stadtgebiet von Hannover, die Zone »Umland« umfasst dicht an Hannover angrenzende Städte und Gemeinden. Nutzen Sie das Angebot und tragen Sie das Maiabzeichen sichtbar für evtl. Kontrollen. Die äußere Tarifzone »Region« mit den Orten Wunstorf,

Lehrte, Burgdorf, Springe etc. liegt außerhalb des Bereichs, der zur kostenfreien Nutzung mit Nelke/Pin am 1. Mai berechtigt.

Bildungspartner für:

- Betriebs- und Personalräteschulungen
- After Work Bildung
- Immaturenkurse
- Fachtagungen
- Mobbingberatung

Berufsbegleitende Weiterbildung:

- Coaching
- Supervision
- Mediation
- Train the Trainer
- Transaktionsanalyse u.v.m.

bildungswerk
ver.di

www.bw-verdi.de
www.betriebs-rat.de
www.personal-rat.de

QUBE
Qualifizierung und Bildung
für Erwachsene
im Bildungswerk ver.di
in Niedersachsen e.V.

www.erfolgreich-weiterbilden.de

Region Hannover-Hildesheim
Goseriede 10 · 30159 Hannover
Telefon: +49(0)511/12 400 410
Telefax: +49(0)511/12 400 420
E-Mail: hannover@bw-verdi.de oder hannover@erfolgreich-weiterbilden.de

Gern senden wir unser
aktuelles Programm zu.

GEWERKSCHAFTSJUGEND IN BEWEGUNG



Wir machen Ansagen für einen Politikwechsel, unser Engagement endet nicht mit dem Kreuzchen auf dem Wahlzettel. Nicht für Parteien rühren wir die Werbetrommel, sondern unser Einsatz gilt unseren Forderungen:

- Für eine bessere Ausbildung.
- Für gute und sichere Beschäftigung.
- Für eine gute Bildung.
- Für ein soziales Europa.
- Für eine solidarische Alterssicherung.
- Für eine solidarische und offene Gesellschaft.

**TREFFT UNS IM JUGENDZELT
UND SEHT, WAS UNS BEWEGT...**

Das Jugendzelt findet ihr auf der Wiese vor der IG Metall